

Pressemitteilung

Ipf- und Jagst-Zeitung vom Mittwoch, 22. Juli 2015

Krankenhäuser kosten den Kreis immer mehr Geld

Landrat Klaus Pavel fordert von Bundes- und Landespolitik eine faire Finanzierung der Krankenhäuser

Von Ulrich Geßler

AALLEN - Landrat Klaus Pavel lehnt das vom Bundeskabinett beschlossene Krankenhaus-Strukturgesetz ab. Die neuen Regelungen würden den Ostalbkreis zwischen 2017 und 2021 mit rund 7,8 Millionen Euro belasten, rechnete er dem Krankenhausausschuss am Dienstag vor. In der kommenden Woche will der Landrat deshalb dem Kreistag eine Resolution vorlegen. Das Papier richtet sich an die Bundes- und die Landespolitik. Darin wird eine faire Finanzierung der Krankenhäuser gefordert.

Mit dem Krankenhaus-Strukturgesetz sieht Pavel eine effiziente und qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten gefährdet. Weitere finanzielle Kürzungen seien nicht

mehr verkraftbar. Die Krankenhäuser seien seit Jahren unterfinanziert. Als Beispiel nannte der Kreischef die Streichung des Versorgungszuschlags. Diese würde den Krankenhäusern in Aalen, Mutlangen und Ellwangen ab 2017 auf einen Schlag jährlich 1,1 Millionen Euro entziehen. Das entspräche 22 Pflegekräften. Die Klinikleitungen als auch die Mitarbeiter seien entsetzt, was die Politik den Klinken damit zumute. „Wo Hilfe drin steht, seien neue Belastungen drin“, sagte Pavel. Gleichzeitig lege die Bundesregierung ein Pflegeförderprogramm auf. Die Kreiskliniken profitierten mit vier zusätzlichen Stellen. Für den Landrat eine angesichts des Wegfalls des Versorgungszuschlags eher kuriose Regelung. Wenn dieses Gesetz kommt, könne

von nachhaltiger Finanzierung keine Rede sein. „Das macht mir Sorgen“, sagte Pavel, der sich damit in guter Gesellschaft anderer Krankenhaus-träger sieht. Als weiteres Argument gegen die geplante Reform führte er die fehlende kostendeckende Bezahlung der Leistungen in der Notfallambulanz an. Hier werden Jahr für Jahr mehr Menschen behandelt. In den Kliniken des Ostalbkreises gab es in den vergangenen zehn Jahren einen Zuwachs um 50,7 Prozent. Das jährliche Defizit der Notfallambulanzen betrug zuletzt 3,1 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund fordert Pavel eine gesetzliche Regelung, die eine kostendeckende Bezahlung sichert. Als ein weiteres Problem nannte er in der Ausschusssitzung die steigenden Kosten, die nicht

durch die Entgelte für Krankenhausleistungen gedeckt würden. So seien seit 2005 die Tariflöhne an den Kliniken um 29,4 Prozent, die Vergütungspreise hingegen nur um 16,3 Prozent gestiegen.

„Es fehlt an der Einsicht“

Im Kern waren sich die Mitglieder des Ausschusses mit dem Landrat einig, dass das Krankenhaus-Strukturgesetz in der vorliegenden Fassung nicht hingenommen werden dürfe. Dr. Eberhard Schwerdtner (CDU) glaubt allerdings nicht, dass da noch viel bewegt werden könne. Es fehle an der Einsicht der Politiker. Für eines der reichsten Länder zieme es sich nicht, dieses Gesundheitswesen kaputt zu sparen, sagte Thilo Rentzschler (SPD). „Unsere Politiker sind

in der Verantwortung“, mahnte Karl Hilsenbek (FW). Eine deutliche Mehrheit im Ausschuss plädierte denn auch dafür, diese an die Bundes- und Landespolitik adressierte Resolution dem Kreistag vorzulegen. Weil aber SPD und Grüne den Bund in der Hauptverantwortung sehen, möchten sie die Bundespolitik gesondert ansprechen. Dafür fanden sie aber nicht die Zustimmung der anderen Fraktionen, die nicht zwischen Bund und Land trennen wollen. Denn das Land verantwortet die Investitionen in Bauvorhaben. Da sei der Kreis in den vergangenen Jahren nicht schlecht weggekommen, räumten die Ausschussmitglieder ein. Eine 100-Prozent-Finanzierung habe es jedoch nicht gegeben. Zu der ist das Land eigentlich verpflichtet.